Was tun, wenn die Insolvenz droht?

Schutzschirm gibt Ärzten mehr Spielraum

Ob privat oder beruflich verursacht: Niedergelassene Ärzte haften für Verbindlichkeiten mit ihrem Gesamtvermögen. Mit dem Schutzschirmverfahren gelangen sie aber schneller wieder in ruhigeres Fahrwasser und behalten die Autonomie über ihre Praxis.

Die Gründe, warum Ärzte in eine finanzielle Schieflage geraten können, sind vielfältig. Dabei haften sie gegenüber den Gläubigern immer mit Privat- und Praxisvermögen. „Juristisch gesehen zählen Privatmann und Praxisinhaber hier als eine natürliche Person. Damit gibt es auch nur ein Vermögen“, sagt Rechtsanwalt Tilo Kolb von der Kanzlei Schultze & Braun. Ein Nachteil, der auf der anderen Seite auch einen Vorteil birgt: Anders als reine Privatpersonen haben Ärzte umfassendere Möglichkeiten bei einer Sanierung im Insolvenzverfahren.

Insolvenz hat oft private Gründe

Genauer kommt ihnen das eigentlich Unternehmen vorbehaltene Schutzschirmverfahren zugute. Es wurde mit der Insolvenzrechtsreform im März 2012 eingeführt und gibt dem Antragsteller mehr Gestaltungsspielraum beim Weg aus der finanziellen Krise. „Da niedergelassene Ärzte wirtschaftlich selbstständig tätig sind, können sie auch dieses Verfahren beantragen“, erläutert der Insolvenzspezialist. Ob die finanziellen Probleme privat oder beruflich verursacht wurden, spielt hier ebenfalls keine Rolle.

Nach Kolbs Erfahrung kommt es zu der drohenden Pleite bei Ärzten auch vorwiegend, weil auf sogenannte Steuersparmodelle gesetzt wurde, bei denen ein Mietshaus erworben oder gebaut wird, dann aber zahlungskräftige Mieter und somit später die nötigen Einnahmen ausbleiben. In apparate-intensiven Fachgruppen passiert es zudem, dass sich Ärzte bei der Investition in teure Technik verkalkulierten.

Dabei handelt es sich beim Schutzschirmverfahren um ein spezielles Eröffnungsverfahren im Insolvenzrecht. Mit dem Vorteil, dass der Arzt seine unter-

nehmerische Handlungsfähigkeit behält und die Praxis nach eigener Entscheidungsgewalt weiter führen kann.

Um unter den Schutzschirm zu kommen, muss der Arzt selbst den Antrag auf Verfahrenseröffnung stellen und gleichzeitig die sogenannte Eigenverwaltung beantragen. Der Schutzschirm wirke bis zu drei Monate, so Kolb. In dieser Zeit könnten die Gläubiger keine Einzelvollstreckung beantragen. Und statt eines Insolvenzverwalters wird ein Sachwalter bestellt. Diesen kann der Arzt sogar selbst vorschlagen. Kolb: „Ich empfehle, hier zwei Personen zu benennen.“ Dann sei die Wahrscheinlichkeit, dass das Gericht auch einen davon bestelle, größer, da so nicht der Eindruck entstehe, der Sachwalter stehe in einem zu engen persönlichen Verhältnis zu dem Arzt.

Wo liegen die wirtschaftlichen Fehler?

Während des Schutzschirmverfahrens gewinnt der Arzt aber vor allem Zeit, um weitere Einnahmen aus der Praxistätigkeit zu generieren. Ziel des Verfahrens ist es, einen Insolvenzplan zu erstellen. In ihm werden die leistungs- und finanzwirtschaftlichen Sanierungsmaßnahmen festgelegt und der Plan dann den Gläubigern zur Abstimmung vorgelegt.

„Am besten spricht der Arzt schon vorab mit seinem Steuerberater und schaut, wo die wirtschaftlichen Fehler liegen und mit welcher Beratungsunterstützung man sie beheben kann“, sagt Kolb. Gemeinsam sollte auch der Zeitpunkt des Insolvenzantrags geplant werden. Zudem benötigt der Arzt eine Bescheinigung, die darlegt, dass nur eine drohende Zahlungsunfähigkeit vorliegt. Die wichtigste Voraussetzung ist aber: „Die Zahlungsunfähigkeit darf noch

Insolvenz

§270 Insolvenzordnung (InsO) ermöglicht es dem Arzt, die Insolvenzmasse selbst zu verwalten. §270 b regelt das Schutzschirmverfahren, das dem Arzt maximal drei Monate die volle Handlungsfähigkeit vor der Verfahrenseröffnung lässt. Und damit auch die nötige Zeit, um mit dem Sachwalter einen Insolvenzplan zu erstellen.

nicht eingetreten sein“, erklärt Kolb. Ärzte sollten daher, sobald die liquiden Mittel nicht mehr ausreichen, fällige Rechnungen zu bezahlen, handeln. „Spätestens, wenn sie die Gehälter ihrer Mitarbeiter nicht mehr zahlen können, brennt die Hütte meist schon“, mahnt der Jurist.

Das schnelle Handeln ist aus noch einem Grund wichtig: Nach der Antragstellung zahle die Agentur für Arbeit für bis zu drei Monate das Insolvenzgeld, das dem Nettogehalt der Mitarbeiter entspricht. Kolb: „Der Arzt kann in diesem Zeitraum ohne Personalkosten weiterarbeiten.“ Damit bleibe letztlich mehr vom erwirtschafteten Umsatz übrig, um eine bessere Liquidität zu schaffen. „Hat der Praxisinhaber allerdings schon zuvor zwei Monate kein Gehalt mehr an die Mitarbeiter zahlen können, kann er nur noch einen Monat von diesem Vorteil profitieren“, erläutert Kolb.

Die Verfahren können mit einem Insolvenzplan zudem schneller abgeschlossen werden. Stimmen die Gläubiger dem vorgelegten Insolvenzplan zu, kann das Gericht das Verfahren auch schon wenige Wochen später wieder aufheben.

Leistet der Arzt alle im Plan aufgeführten Zahlungen an die Gläubiger pünktlich, gilt der Plan als erfüllt und ihm werden sofort seine restlichen Schulden erlassen. Somit kann ein solches Planverfahren bereits nach sechs Monaten abgeschlossen sein.

(Rebekka Höhl)

www.aerztezeitung.de